



Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D., Präsident des DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Vier Denkfehler bei der Euro-Kritik

Wie würden Sie diese Frage beantworten: War die deutsche Währungsunion vom 1. Juli 1990 ein Erfolg? Viele würden die Frage für sinnlos halten. Die Einführung der D-Mark in Ostdeutschland war natürlich prinzipiell die richtige Entscheidung. Ist die europäische Währungsunion ein Erfolg? Vor allem in Deutschland wird der Euro gerne zum Sündenbock für Europas Probleme gemacht. Das ist jedoch falsch. Er ist genauso essenziell für die wirtschaftliche Integration und den Wohlstand in Europa, wie es die D-Mark für das vereinte Deutschland war.

Denjenigen, die den Euro kritisieren, unterlaufen vier grundlegende Denkfehler: Sie weisen erstens darauf hin, dass der Euroraum kein „optimaler Währungsraum“ sei und dass die gemeinsame Geldpolitik nicht den Bedürfnissen aller Euro-Länder gleichermaßen entspreche. Das ist zwar richtig, doch nach dieser Logik hätte es keine deutsche Währungsunion geben dürfen, denn Ost- und Westdeutschland waren 1990 noch viel unterschiedlicher als Portugal und Deutschland heute. Eine gemeinsame Währung dient der Integration und Vertiefung des gemeinsamen Wirtschaftens und schafft dadurch einen größeren Wohlstand für alle beteiligten Länder. Das zeigt auch das Beispiel Deutschland: Als wir noch vor zehn Jahren der „kranke Mann Europas“ waren, war unsere Wachstumslokomotive der Euroraum. Die deutsche Wirtschaft konnte ihr Leistungsbilanzdefizit von 2001 in einen riesigen Überschuss verwandeln – zu großen Teilen aufgrund des Handels mit dem Euroraum.

Zweitens ist oft zu hören, der Euro schwäche die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Länder, da diese ihre Exportgüter nicht mehr durch nominale Abwertungen wettbewerbsfähig halten könnten. Dies ist falsch, denn auch Ostdeutschlands Problem im Jahr 1990 war nicht, dass seine Güter zu teuer waren, sondern dass diese nicht nachgefragt wurden. Die staatlichen Institutionen waren nicht in der Lage, wettbewerbsfähige und flexible Rahmenbedingungen für Unternehmen und Haushalte zu schaffen. Das Gleiche trifft heute auf viele Länder in Südeuropa zu.

Drittens trägt der Euro keine Schuld an der europäischen Finanzkrise. Ja, mit seiner Einführung sind die Zinsen in Südeuropa stark gesunken. Aber der Grund für ineffiziente Investitionen und übermäßige Konsumausgaben von Unternehmen, Haushalten und Regierungen waren schlicht falsche Entscheidungen – nicht die Währung. Falsch ist auch die Einschätzung, erst eine vollendete politische Union – also „Vereinigte Staaten von Europa“ – würde einen erfolgreichen Euro ermöglichen. Eine funktionierende Währungsunion benötigt keine politische Union. Aber sie erfordert eine gut funktionierende Fiskalunion, stärkere europäische Institutionen und eine engere Abstimmung der nationalen Politik.

Viertens birgt eine kontextlose Aufrechnung wirtschaftlicher Vor- und Nachteile die Gefahr, die gemeinsame Währung schlicht als Deal zu betrachten, bei dem Deutschland am Ende über den Tisch gezogen wurde. Das ist geschichtswidrig. Manche tun so, als könne man statt der gemeinsamen Währung auch ein festes Wechselkursystem mit gelegentlichen Anpassungen nutzen. Zur Erinnerung: Es gab ein solches System in den 1980er und 1990er Jahren. Mehrfach führte es jedoch zu Finanzmarktkrisen mit immensen Wachstums- und Beschäftigungsverlusten. Die Dominanz Deutschlands in diesem System war spätestens dann nicht mehr zu vermitteln, als der Kapitalverkehr in Europa freigegeben wurde. Und da niemand einen freien Wechselkurs wollte, war der Euro die einzige verbleibende Möglichkeit.

Der Euro trägt weder die Schuld an der europäischen Finanz- und Staatsschuldenkrise, noch an den Fehlern der nationalen Politik. Die größten Gefahren für die Zukunft Deutschlands und Europas sind Populismus und Protektionismus – wirtschaftlich, sozial und politisch. Deutschland sollte ein klares Bekenntnis zum Euro und zur europäischen Integration abgeben und alles dafür tun, dass die bislang ausgebliebenen, aber notwendigen Reformen auf europäischer Ebene umgesetzt werden.

Eine längere Fassung dieses Kommentars ist am 19. Februar 2017 in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung erschienen.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Critje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Ilka Müller
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Dr. Markus M. Grabka
Karl Brenke

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.